

Räumliche Aspekte rechter Orientierungen

Auf dem Weg zu einem konzeptionellen Rahmen

Jan Üblacker, Lynn Berg

1. Hintergrund und Fragestellung

Um die impliziten und expliziten räumlichen Aspekte rechter Orientierungen, Akteure und Diskurse entlang der beiden Leitfragen des Sammelbandes konzeptionell herauszuarbeiten, unternehmen wir im Folgenden eine systematische Synthese der empirischen Forschungen zu dieser Thematik. Für den deutschen Raum liegen bisher nur wenige Studien vor, die räumliche Aspekte explizit in ihre Untersuchung mit aufnehmen. Beispielhaft zu nennen sind die Studien zur Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden (Grau & Heitmeyer, 2013) und die Befragungen in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich (Hillje, 2018). Sie behandeln sowohl die objektiven und wahrgenommen Lebensbedingungen in den Sozialräumen als auch die sie bedingenden lokalen Strukturen. Gleichzeitig öffnet sich in diesen Räumen eine Lücke der politischen Repräsentation (Schäfer, 2015), die durch gezielte Angebote rechter Akteure und Netzwerke geschlossen werden kann (Grau & Heitmeyer, 2013). Während zu den lokalen Einflussfaktoren rechter Orientierungen bereits einige Befunde vorliegen, sind es insbesondere rechtspopulistische Lokalpolitiken, kommunalpolitische Akteure und Handlungsstrategien zu denen vergleichsweise wenig Forschung existiert. Eine Ursache für diese Lücke liegt möglicherweise in der kurzen Zeit, seit der mit der Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei in Deutschland mit relativ stabiler bundesweiter Zustimmung besteht. Zwar gab es beispielsweise mit den Republikanern auch früher schon rechtspopulistische Parteien, diese konnten jedoch nur regionale Einzelerfolge erzielen und verschwanden kurz darauf wieder.

Die Vermutung liegt nahe, dass bestimmte interessierende Phänomene erst mit einer fortgeschrittenen »Lebensdauer« rechtspopulistischer Parteien oder unter den Bedingungen breiter gesellschaftlicher Zustimmung auftreten. So gibt es in Deutschland bisher keinen Fall, indem eine rechtspopulistische Partei an einer Regierung beteiligt war, während beispielsweise Rotterdam von 2002 bis

2006 unter Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei regiert wurde (Uitermark & Duyvendak, 2008) oder die Jobbik-Partei in mehreren ungarischen Gemeinden die Bürgermeister stellt (Kovarek u.a., 2017). Die Synthese stützt sich aus diesem Grund vor allem auf Studien aus europäischen Ländern, da sich rechtspopulistische Parteien in einigen dieser Länder sehr viel früher als in Deutschland etablieren konnten und somit ein potenziell breiteres Feld empirischer Phänomene abgedeckt werden kann.

Die Zielsetzung des Beitrags besteht darin, die Schnittstelle zwischen räumlichen Aspekten und rechten Orientierungen zu beleuchten und zu strukturieren. Im Einzelnen gehen wir dabei folgenden Fragen nach:

- Welche Themengebiete gibt es an der Schnittstelle zwischen räumlichen Aspekten und rechten Orientierungen?
- Welche Fragestellungen verfolgen Studien, die sich mit räumlichen Aspekten rechter Orientierungen beschäftigen?
- Welche empirischen Befunde liegen vor?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird zunächst eine Recherche der Publikationen im Zeitraum von 2010 bis 2018 in Europa durchgeführt (Abschnitt 2). Aus der systematischen Auswertung der recherchierten Aufsätze gehen sechs Themengebiete hervor (Abschnitt 3 bis Abschnitt 8), die abschließend in einer Übersicht zusammenfassend dargestellt werden (Abschnitt 9).

2. Methode

Die vorliegende Synthese zieht empirische Studien heran, die im Zeitraum von 2010 bis einschließlich 2018 erschienen sind. Da in Deutschland erst im Jahr 2015 mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei aufkam, konzentriert sich die Synthese vor allem auf Forschungen aus anderen europäischen Länderkontexten, in denen bereits über einen längeren Zeitraum rechte und rechtspopulistische Phänomene zu beobachten sind.

Ein methodisches Problem bei systematischen Synthesen komplexer Forschungsbereiche besteht darin, den Gegenstandsbereich über eine Reihe von Suchwörtern möglichst zielführend einzugrenzen. Einerseits soll der zu systematisierende Korpus nicht zu groß werden, da somit auch die Wahrscheinlichkeit steigt unpassende Studien darin vorzufinden, andererseits sollte jedoch auch vermieden werden besonders passende Studien auszuschließen. Um die Schnittstelle zwischen rechten Orientierungen und räumlichen Aspekten aufzuarbeiten, wurden zunächst zwei Suchwortkategorien gebildet. Die erste enthält Wörter, die

auf einen Raumbezug verweisen, während die zweite Wörter enthält, die rechte Orientierungen beschreiben (Tabelle 1).

Tabelle 1: Liste der Schlagwörter

Schlagwörter zum Raumbezug	Schlagwörter zu rechten Orientierungen
far right, right ideology, right protest, right acitivism, right movement, right-wing populism, radical right, right-wing party, right-wing politics, right-wing nationalist, right-wing vote, extreme right	City, cities, urban, space, spatial, place, region, neighbourhood, rural, area, location, local, district, quarter, zone, town, municipal, borough, settlement, metropolitan, village, residential, geographic, territorial, ward

Quelle: eigene Darstellung

Die Schlagworte wurden in einem Suchbefehl kombiniert, sodass die Publikationen in den Suchergebnissen in Abstract oder Titel eine beliebige Kombination aus den beiden Kategorien enthalten.

TITLE-ABS-KEY ((right* W/o far) OR (right* W/o far) OR (right* W/1 ideolog*) OR (right* W/1 protest*) OR (right* W/1 activis*) OR (right* W/1 movement) OR (right* W/1 populis*) OR (right* W/1 radical*) OR (right* W/1 part*) OR (right* W/1 polit*) OR (right* W/1 national*) OR (right* W/1 vot*) OR (right* W/1 partiot*) OR (right* W/1 extrem*)) AND (city OR cities OR *urban* OR space OR spatial OR place OR region* OR neighb*rhood OR rural* OR area OR location OR local OR district OR quarter OR zone OR town* OR municipal* OR borough OR settlement OR metropol* OR village OR resident* OR geographic* OR territor* OR ward)

Die Suche in der wissenschaftlichen Literaturdatenbank Web of Science ergab eine Liste von 558 Beiträgen, die im Zeitraum von 2010 bis 2018 erschienen sind. Davon konnten insgesamt 153 bezogen werden. Es handelt sich dabei ausschließlich um englischsprachige Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften (peer-review). Da wir uns allein für empirische Forschungen in Europa interessieren, haben wir in einem weiteren Schritt die Abstracts noch einmal händisch durchgesehen und auf die Passung zur Fragestellung geprüft. Im Zweifelsfall wurde dabei auch der Volltext des Artikels berücksichtigt. Es wurden Publikationen entfernt, die nicht zum thematischen Fokus der Untersuchung passten, weil sie

- keinen, einen nur sehr geringen oder einen zu großen Raumbezug aufweisen,
- einen Raumbegriff verwenden, der nicht im Sinne einer räumlich-geografischen Definition ist (z.B. »politischer Raum«),
- zwar von rechten Akteur_innen (»right-wing«) handeln, aber damit konservative Parteien meinen (z.B. in Deutschland die CDU),
- rechtliche Aspekte (»right to« etc.) behandeln und somit fälschlicherweise in die Liste eingegangen sind,
- das Untersuchungsgebiet oder der Raumbezug nicht in Europa liegt,
- eher historische Aspekte rechter Orientierungen behandeln (z.B. Entwicklung des Franco-Regimes in Spanien),
- keine empirischen Befunde enthalten, sondern konzeptionell arbeiten.

Die 55 verbleibenden Publikationen gehen in die detaillierte Analyse ein. Zu diesem Zweck werden sie zunächst in sechs inhaltliche Gruppen unterteilt und im Hinblick auf die Fragestellungen, Methodik und empirischen Befunde ausgewertet.

3. Wo entstehen rechte Einstellungsmuster?

Die Studien dieses Themengebietes untersuchen Einstellungsmuster und ideologische Orientierungen in europäischen Ländern. Im Folgenden geht es dabei insbesondere um die Frage, welche räumlichen Kontexte diese Einstellungen beeinflussen. Die Studien nutzen dazu entweder standardisierte Umfragen wie z.B. die European Value Survey oder führen eigene Erhebungen durch.

Im Vergleich sind ausländerfeindliche und ökonomisch linke Einstellungsmuster bei osteuropäischen Wähler_innen rechtspopulistischer Parteien stärker ausgeprägt. Auch die Unzufriedenheit mit den demokratischen Systemen ist höher als bei Wähler_innen rechtspopulistischer Parteien in westeuropäischen Ländern (Allen, 2017). Im Hinblick auf die Akzeptanz von Zuwanderung zeigen sich unter Jugendlichen in 30 ost- und westeuropäischen Städten vergleichbare Muster. Demnach sind es vor allem Länderkontexte mit liberalen Wohlfahrtsregimes, in denen jugendliche xenophobe Einstellungen aufweisen. Allerdings weisen die Autor_innen darauf hin, dass es Unterschiede zwischen Städten innerhalb des gleichen Landes gibt, die über den Anteil von und den Kontakt zu ethnischen Minderheiten zu erklären seien (Mierina & Koroleva, 2015). Auch in Frankreich weisen Departments, in denen viele Zuwanderer_innen leben ein geringeres Maß an fremdenfeindlichen Einstellungen auf (Jolly & Di Gusto, 2014).

Für die Wähler_innen der AfD gelten ähnliche Einstellungsmuster: Fremdenfeindlichkeit, Ablehnung von Zuwanderung, ökonomische Abstiegsängste und geringes Vertrauen ins politische System sind die Haupterklärungs-faktoren für

die Zustimmung zur AfD (Goerres, Spies & Kumlin, 2018). Ein allein auf Basis quantitative Daten nicht zu erklärender Befund ist die historische Persistenz rechter Einstellungen an bestimmten Orten. So zeigt die Analyse, dass die Zustimmung zur AfD in den PLZ-Bezirken besonders hoch ist, in denen die Republikaner bei der Bundestagswahl 1994 bereits hohe Zustimmungswerte erzielten. Die Autoren vermuten, dass lokale soziale Netzwerke zu einer Verfestigung des politischen Klimas beitragen. Ähnliche regionale Kontexteffekte auf persönliche Einstellungen und insbesondere Fremdenfeindlichkeit erklärt eine Untersuchung von 218 europäischen Regionen über ein »rechtes Klima« in den Regionen, welches sich über lokale soziale Netzwerke und die Medienberichterstattung verbreitet und existierende rechte Einstellungen noch zusätzlich verstärkt. Herrscht in einer Region hingegen kein solches Klima vor, so führt dies nicht gleichermaßen zu einer Abnahme rechter Einstellungen in der Bevölkerung (Van Assche et al., 2017).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass rechte Einstellungsmuster in der europäischen Bevölkerung verbreitet und durch unterschiedliche räumliche Kontexte (Länder, Regionen, Städte) bedingt sind. Während die Länderkontexte jeweils unterschiedliche wirtschaftspolitische und wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen vorweisen und so die ökonomische Situation der Bevölkerung mitbestimmen, sind es die lokalen Kontexte, die über den Bevölkerungsanteil und die Möglichkeit zum direkten Kontakt mit ethnischen Minderheiten die Entstehung fremdenfeindlicher Einstellungen beeinflussen. Insbesondere kleinräumige Untersuchungen weisen auf die verstärkende Wirkung eines lokalen rechten Klimas in bestimmten Gebieten hin.

4. In welchen Gebieten werden rechte Parteien gewählt?

Ein Großteil der Studien untersucht die individuellen und kontextuellen Bedingungen für die Zustimmung zu rechten Parteien anhand von kleinräumigen Wahldaten. Die Studien können im Hinblick auf die Skalierung des räumlichen Kontextes unterschieden werden. Ökologische Analysen arbeiten auf der Ebene von Regionen (z.B. Dandoy, 2013; Plesivcak, 2017; Stockemer, 2017; Abbondanza & Bailo, 2018), Gemeinden (z.B. Della Posta, 2013; Van der Waal, de Koster & Achterberg, 2013), Wahlkreisen oder Nachbarschaften (z.B. Rydgren & Ruth, 2013) und können streng genommen nur Aussagen über die Gebiete treffen, nicht aber über Einstellungen und Handlungen auf der Individualebene. Eine zweite Gruppe von Studien bezieht sowohl die individuelle als auch kontextuelle Ebenen mit ein und ist demnach in der Lage, Aussagen über die Wechselwirkungen zwischen Gebieten und deren Bewohner_innen zu treffen (z.B. Berning, 2016; Stockemer, 2016; Green u.a., 2016; Bering & Ziller, 2017; Savelkoul, Lameris & Tolsma, 2017).

Des Weiteren können die Untersuchungen im Hinblick auf die herangezogenen theoretischen Erklärungen für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien unterschieden werden. Zu den am häufigsten verwendeten Ansätzen zählen kulturelle Erklärungen (insbesondere migrationsbezogene Aspekte) und sozio-ökonomische Erklärungen (z.B. Arbeitslosigkeit, Bildung, Transferleistungsbezug). Seltener werden politische Erklärungen (z.B. Zufriedenheit mit der Demokratie, Politikverdrossenheit), Kriminalität oder Sozialkapitalansätze (z.B. soziale Isolations-Hypothese, Struktur lokaler Netzwerke, lokale Kohäsion, Nachbarschaftsvertrauen) herangezogen. Eine Gemeinsamkeit aller Studien besteht darin, dass sie die rechten Orientierungen als die Zustimmung zu einer rechtsextremen oder rechtspopulistischen Partei operationalisieren. Keine der Studien arbeitet mit qualitativen Methoden.

4.1 Empirische Befunde zu kulturellen Erklärungsansätzen: Kontakt oder Konflikt?

Der kulturelle Erklärungsansatz untersucht den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Zustimmung zu rechten Parteien. Es handelt sich dabei meist um Forschungen zur Kontakt- bzw. Konflikthypothese, die davon ausgehen, dass die Präsenz und den Kontakt zu Fremden (in diesem Fall Migrant_innen) entweder zur Verstärkung wechselseitiger Vorurteile und Konflikten führt oder Vorurteile abgebaut werden und wechselseitige Anerkennung und Toleranz entsteht (Allport, 1954; Blalock, 1967; Pettigrew & Tropp, 2006). Da rechte Parteien mehr oder minder explizit fremdenfeindliche Ressentiments bedienen und entsprechende politische Angebote formulieren, wird davon ausgegangen, dass die Zustimmung zu rechten Parteien als Indikator für fremdenfeindliche Einstellungsmuster genutzt werden kann.

Studien, die diese Zusammenhänge auf der Aggregatebene betrachten, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Unter 2.559 schweizer Dörfern ist die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP) besonders in kleinen Orten mit geringen Migrant_innenanteilen erfolgreich (Stockemer, 2018), während der Zusammenhang für 290 schwedische Gemeinden am Beispiel der Schwedendemokraten genau umgekehrt ist (Rydgren & Ruth, 2011). Das zwischen ethnischer Segregation in einer Stadt und der Zustimmung zur rechtspopulistischen Partei für die Freiheit (PVV) ein positiver Zusammenhang besteht, kann am Beispiel von 50 niederländischen Städten gezeigt werden (Van der Waal, de Koster & Achterberg, 2013). Eine Analyse auf Ebene schwedischer Wahlkreise wiederum zeigt, dass rechte Orientierungen in sozio-ökonomisch benachteiligten Gebieten mit geringen Migrant_innenanteilen besonders hoch sind, die an Wahlkreisen mit hohen Migrant_innenanteilen angrenzen (sog. Halo-Effekt, Rydgren & Ruth, 2013). Das der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Stimmenanteilen rechter Parteien von der analytischen Ebene abhängt, zeigt auch eine Studie französischer

Regionen am Beispiel der rechtspopulistischen Front National (FN). Während auf der Ebene der Departments ein positiver Zusammenhang vorliegt, kehrt sich dieser auf der untergeordneten Ebene der Kommunen um. In den Kommunen ist der Zusammenhang zwischen Zustimmung zur FN und geringen Migrationsanteilen stärker, wenn sie in Departments mit hohen Migrationsanteilen liegen (Della Posta, 2013).

Wenngleich Studien auf Aggregatenebene aufgrund der Datenverfügbarkeit ein sinnvoller erster Schritt für einen breiten regionalen Vergleich sein können, offenbaren erst Forschungsdesigns unter Einbezug von Individualdaten die Zusammenhänge zwischen Zuwanderung in einem Gebiet, darauf zurückzuführende Einstellungsmuster und der Zustimmung zu fremdenfeindlichen Parteien. In italienischen Regionen geht ein einprozentiger Anstieg des Migrant_innenanteils mit einem zweiprozentigen Anstieg des Stimmenanteils der Lega Nord einher (Abbondanza & Bailo, 2018). Die belgische Vlaams Belang und die British National Party profitieren ebenfalls von hohen Migrant_innenanteilen in den Wahlbezirken (Ford & Goodwin, 2010; Poznyak, Abts & Swyngedouw, 2011). Am Beispiel niederländischer Nachbarschaften kann gar ein Schwelleneffekt nachgewiesen werden, wonach die Zustimmung zur PVV in Nachbarschaften mit einem Migrationsanteil von mehr als 15 % besonders stark steigt (Savelkoul, Laméris & Tolsma, 2017). Insbesondere nicht-westliche Migrant_innen mit muslimischer Religionszugehörigkeit lösen bei den Befragten Bedrohungsgefühle und Ängste vor Überfremdung aus, die die Wahl von rechten Parteien begünstigen (Ford & Goodwin, 2010; Goodwin & Harris, 2013; Savelkoul, Laméris & Tolsma 2017; Abbondanza & Bailo, 2018). Dabei ist der tatsächliche Anteil dieser Bevölkerungsgruppe in der jeweils untersuchten Kontexteinheit (z.B. der Nachbarschaft oder des Wahlkreises) nur bedingt entscheidend, wie Fallstudien in Gebieten mit geringer Zuwanderung zeigen. Hier resultiert die Zustimmung zu rechten Parteien überwiegend aus individuellen oder kollektiven Bedrohungswahrnehmungen (Goodwin & Harris, 2013; Berning, 2016), die z.B. durch Migrationsthematiken in der Medienberichterstattung beeinflusst werden (Poznyak, Abts & Swyngedouw, 2011). Anhand von Individual- und Regionaldaten (200 EU-Regionen) der Länder Belgien, Bulgarien, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Slowakei, Spanien, Schweden, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich wird gezeigt, dass allein die Wahrnehmung und Einstellung gegenüber Migration entscheidend für die Zustimmung zu rechten Parteien ist. Diese Einstellung ist weitestgehend unabhängig von der tatsächlichen Zahl der Migranten innerhalb einer Region (Stockemer, 2016). Dort wo direkter Kontakt zu multi-ethnischen Nachbar_innen möglich ist und auch praktiziert wird, sinkt die Zustimmung zu Parteien mit fremdenfeindlichen Positionen (Green u.a., 2016; Berning & Ziller, 2017; Savelkoul, Laméris & Tolsma, 2017).

4.2 Empirische Befunde zu sozio-ökonomischen Erklärungen: Modernisierungsverlierer_innen in altindustriellen Städten und Regionen

Der sozio-ökonomische Erklärungsansatz geht davon aus, dass die Ursachen für die wachsende Zustimmung zu rechten Parteien über soziale und wirtschaftliche Faktoren zu erklären ist. Die sogenannten Modernisierungsverlierer_innen verfügen über eine vergleichsweise geringe formale Bildung und berufliche Qualifikation, sodass sie durch die Globalisierung, den wirtschaftlichen Strukturwandel und den veränderten Qualifikationsanforderungen der Arbeitsmärkte besonders verunsichert sind (Betz, 1994). Neben den objektiven Merkmalen können auch wahrgenommene relative Deprivation und ökonomische Zukunftsängste einen Erklärungsbeitrag für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien sein, die vorgeben, die Ängste dieser Gruppe ernst zu nehmen.

Dieser These folgend müsste die Wirtschafts- und Finanzkrise dort die Zustimmung für rechte Parteien steigern, wo die Bevölkerung besonders stark von deren Folgen betroffen war. Dies trifft jedoch nur auf Frankreich und Griechenland zu. Im Gegenteil gewinnen rechte Parteien insbesondere in den Regionen der EU an Zustimmung, die lediglich moderat von den Auswirkungen der Krise betroffen waren. Dies erklärt der Autor mit der Angst vor zukünftigen Wohlstandsverlusten (Stockemer, 2017). In britischen und österreichischen altindustriellen Regionen, die den Strukturwandel langsamer vollziehen und hohe Arbeitslosenquoten aufweisen, sind auch die Zustimmungswerte für rechte Parteien höher, was für die oben formulierten Thesen spricht (Ford & Goodwin, 2010; Goodwin & Harris, 2013; Essletzbichler, Disslbacher & Moser, 2018). In den Studien zu England und Wales wird deutlich, dass es sich bei den Wähler_innen überwiegend um Angehörige der Arbeiterklasse mit geringer Bildung, prekär Beschäftigte und ärmer Bevölkerungsteile handelt. Diese konzentrieren sich in den altindustriellen Städten und dort vor allem in Gebieten des Sozialwohnungsbaus. Auch in Schweden sind die Schwedendemokraten in den Städten erfolgreicher, in denen die durchschnittliche Bildung gering und die Arbeitslosigkeit hoch ist (Rydgren & Ruth, 2011).

4.3 Empirische Befunde zu politischen Erklärungen: Politisch verlassene Gebiete

Der politische Erklärungsansatz geht davon aus, dass Rechtswähler_innen von den etablierten Parteien und der Funktionsweise des vorherrschenden politischen Systems enttäuscht sind. Sie fühlen sich und ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt und haben sich aus diesem Grund vom politischen Geschehen abgewandt oder wählen aus Protest rechtspopulistische Parteien, die

sich gezielt als Alternative zum etablierten System und dessen Akteur_innen positionieren. Die Studien wählen unterschiedliche Formen der Operationalisierung, um die Zustimmung zu rechtsradikalen und rechtspopulistischen Parteien zu erklären. In England, Wales und Italien sind rechte Parteien dort am stärksten, wo die Wahlbeteiligung gering ausfällt (Ford & Goodwin, 2010; Goodwin & Harris, 2013; Abbondanza & Bailo, 2018). Roessler setzt steigenden Stimmenanteile der AfD in Sachsen mit den Gebietsneugliederungen in Verbindung. Der gefühlte Kontrollverlust über lokale Angelegenheit, die gestiegene politische Distanz zwischen Wählerschaft und politischen Vertreter_innen, Identitätsverlust und die Erosion bestehender demokratischer Netzwerke können dem Autor zufolge Erklärungen für diesen Effekt sein (Roessler, 2017). Eine politische Erklärung auf der städtischen Ebene ist die Policy Protest Hypothese, der zufolge Stadtentwicklungsmaßnahmen und daraus resultierende Veränderungen in der Wohnumgebung zu Unzufriedenheit mit der Lokalpolitik führen und eine Rechtswählerschaft begünstigen (Van Gent & Musterd, 2013). Diese These kann jedoch nicht bestätigt werden.

4.4 Weitere Erklärungsfaktoren: Sozialkapital und Kriminalität

Einige Studien untersuchen den Einfluss von Sozialkapital auf die Zustimmung zu rechten Parteien, in dem sie z.B. Maße für soziale Kohäsion, soziales Vertrauen, Nachbarschaftsvertrauen oder soziale Isolation einbeziehen. Die empirischen Befunde sind gemischt. Während Vanhoutte und Hoghe zeigen, dass Rechtwähler_innen im Vergleich eher sozial isoliert sind (Vanhoutte & Hooghe, 2013), kommen Fitzgerald und Lawrence (2011) auf Basis einer schweizer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass soziale Kohäsion ein positiver Prädiktor für die Zustimmung zur SVP ist. Letztere operationalisieren Kohäsion über die Sprache, Eigentumsquote und den Ort des Arbeitsplatzes (innerhalb oder außerhalb der Gemeinde). Poznyak, Abts und Swyngedouw (2011) wiederum messen das Sozialkapital in einer Gemeinde über die Zahl sozio-kultureller Vereine pro Kopf und finden keinen Zusammenhang zur Wahl der Vlaams Belang im belgischen Flandern. Bering und Ziller zeigen, dass Sozial- und Nachbarschaftsvertrauen den Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Zustimmung zu rechten Parteien moderiert (Bering & Ziller, 2017). Die uneinheitlichen Befunde dieses Erklärungsansatzes sind u.a. auf die unterschiedlichen Operationalisierungen zurückzuführen. Zudem sind die Netzwerkeinbindung bzw. soziale Isolation allein keine ausreichende Erklärung für rechte Orientierungen. Vielmehr ist entscheidend, welche Einstellungsmuster im jeweiligen sozialen Netzwerk vorherrschen. So ist es durchaus denkbar, dass ein homogenes Netzwerk ein hohes Maß an sozialer Kohäsion und wechselseitigem Vertrauen zeigt, wenn Fremdenfeindlichkeit und rechte Denkmuster innerhalb dieses Netzwerkes die geteilte Norm darstellen.

Einige Studien nehmen Kriminalitätsfurcht, objektive und wahrgenommene Kriminalitätsbelastung als mögliche Erklärungsfaktoren für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien in ihr Forschungsdesign auf. Die Rhetorik rechter Parteien stellt Zuwanderung und Kriminalität häufig in einen kausalen Zusammenhang, um Vorurteile gegenüber Migrant_innen zu schüren. Die empirischen Befunde verdeutlichen, dass nicht die tatsächliche Kriminalität, sondern eine hohe Wahrnehmung von Kriminalität die Zustimmung zu rechten Parteien erhöht (Abbondanza & Bailo, 2018). Die objektive Kriminalitätsbelastung in einer Stadt leistet demnach keinen Erklärungsbeitrag für rechte Zustimmung (Poznyak, Abts & Swyngedouw, 2011; Vanhoutte & Hooghe, 2013). Stockemer (2016) findet auch für die Kriminalitätsfurcht keinen signifikanten Zusammenhang.

5. Welche Bedeutung haben lokale Kontexte für die Organisation rechter Parteien?

Die Studien dieses Themengebietes legen einen Fokus auf rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und deren interne Organisations- und Mitgliederstrukturen. Sie untersuchen, wie sich diese organisieren, wie und wo sie ihre Mitglieder gewinnen und wie die Arbeit an der politischen Basis zum Erfolg beiträgt. Um diesen Forschungsfragen nachzugehen nutzen die Arbeiten ein breites methodisches Instrumentarium aus qualitativen Interviews, Medienanalysen und quantitativen Methoden. Dabei können sie u.a. auf einzigartige Datenquellen zurückgreifen, wie z.B. die geleakte Mitgliederliste der British National Party (Goodwin, Ford & Cutts, 2013) oder eine Aufstellung von mehr als 3500 Aktivitäten der griechischen Goldenen Morgenröte (Ellinas & Lampriano, 2017).

Auf Basis einer Adressdatenbank der Mitglieder der British National Party können Aussagen über die räumlichen Kontexte getroffen werden. Demnach wohnen Mitglieder der BNP in städtischen, wirtschaftlich benachteiligten Bezirken mit geringer durchschnittlicher Bildung und einer ethnisch homogenen Bevölkerung. Die Autoren schließen daraus, dass die Partei ihre Mitglieder aus ähnlichen Kontexten wie auch ihre Wähler_innen rekrutiert. Besonders hohe Mitgliedschaftszahlen weisen die Bezirke auf, in denen in der Vergangenheit die rechtsextreme National Front aktiv war (Goodwin, Ford & Cutts, 2013).

Dieser Legacy Effekt verdeutlicht, dass lokale Netzwerke und Grasswurzelaktivismus den Parteien eine organisationale Unabhängigkeit von ihren Wahlerfolgen gewährt. Um diese langfristige Bindung der Mitglieder und Interessenten zu erzielen, greifen die italienische Lega Nord und die griechische Goldene Morgenröte auf Ideologien, lokale Identitäten und historische Narrative zurück. Unter dem langjährigen Vorsitzenden der Lega Nord Umberto Bossi wurde der sogenannte »Leghismo« geprägt. Dabei handelt es sich um eine Subkultur, deren Anhänger_in-

nen sich als hart-arbeitende, ehrliche, einfache und an ihren lokalen Traditionen orientierte Bevölkerung versteht. Die geteilten Werte und die kollektive Identität verstärkt die Abgrenzung gegenüber Süditalien, dem Staat, der Wirtschaftselite und den Migrant_innen. Auf diese Weise sichert sich die Partei auch in Zeiten geringer Wahlerfolge die notwendigen organisatorischen Kapazitäten (Albertazzi, 2016). Ähnliche Strukturen werden auch für die Goldenen Morgenröte in griechischen Städten und Gemeinden beschrieben, deren 69 lokale Zweigstellen weitestgehend unabhängig von den dortigen Wahlerfolgen operieren. Vielmehr sind es die Nähe zu den Hochburgen der Goldenen Morgenröte, der damit verbundene Zugriff auf organisatorische Ressourcen und eine mögliche Gegenwehr lokaler antifaschistischer Gruppierungen, die die Entstehung neuer Parteibüros bedingen. Während die Hochburgen der Goldenen Morgenröte mit den aktivsten Parteistrukturen in den dicht besiedelten Städten Griechenlands liegen, stoßen bereits die Versuche der Raumaneignung (durch z.B. Straßenwerbung oder öffentliche Aktionen) durch militante Zellen der Partei in abgelegenen Gegenden auf antifaschistische Gegenwehr (Ellinas & Lampriano, 2017). Eine Sonderstellung kommt den europäischen Regionalparteien zu, die sich in ihrer Ideologie ebenfalls auf eine regionale Identität und Unabhängigkeitsbestrebungen stützen, jedoch nur in ökonomisch prosperierenden Regionen zu konservativer und lediglich in Einzelfällen auch zu rechtspopulistischer Politik neigen (Masseti & Schakel, 2016).

Zwei finnische Studien beschäftigen sich mit den parteiinternen Strategien und deren Bedeutung für den Erfolg der rechtspopulistischen Wahren Finnen bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011. Dabei spielen sowohl die Funktionsweise des Wahlsystems als auch die Nominierungsstrategie der Bezirksparteiorganisation eine bedeutende Rolle. Im Vorfeld der Wahlen war aus Umfragen bereits ersichtlich, dass die rechtspopulistische Partei im Vergleich zu den vorherigen Wahlen viele Stimmen erhalten würde. Um dieses Potenzial abzuschöpfen stellten die regionalen Wahlkampforganisationen der Partei in den nördlichen und östlichen Bezirken Finnlands, in denen es nur wenige Mandate zu erringen galt, eine hohe Zahl von Kandidaten mit geringem Bekanntheitsgrad und wenig politischer Erfahrung auf. Dies führte zu einem intensiven öffentlichen Wettkampf zwischen den einzelnen Parteikandidaten in diesen Bezirken, der der Partei schließlich die Mandate sicherte. In den südlichen Bezirken mit einer hohen Mandatszahl (Helsinki und Uusimaa) hingegen stellte die Partei erfahrene und öffentlich bekannte Kandidaten auf (Arter, 2013; Kestilä-Kekkonen & Söderlund, 2014).

Die dargestellten Studien verdeutlichen vier Mechanismen, über die lokale Kontexte die Entwicklung und den Erfolg rechter Parteiorganisationen beeinflussen. Erstens scheinen die Parteien ihre Mitglieder eher aus strukturell benachteiligten Gebieten zu gewinnen. Zweitens erhöhen die räumliche Nähe zu »rechten Hochburgen« und historisch gewachsenen lokalen Netzwerken die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Etablierung von Parteistrukturen in benachbarten

Gebieten. Drittens kann die lokale Parteibindung durch eine Ideologie, die auf die dortigen Traditionen zurückgreift, gestärkt werden. Viertens hat sich herausgestellt, dass in Abhängigkeit der Funktionsweise des Wahlsystems ein raumsensibles Wahlkampfmanagement und gezielt initiiertes innerparteiliches Wettkampf um Mandate erheblich zum Wahlerfolg beitragen kann.

6. Wie beeinflussen rechte Parteien Kommunalpolitik und lokale Diskurse?

Studien in dieser Gruppe gehen der Frage nach, ob und wie rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen einen Einfluss auf die öffentlichen Diskurse und das politische Geschehen auf kommunaler/lokaler Ebene nehmen. Zur Klärung der Frage beschreiben die Studien sowohl die sozialräumliche Situation (z.B. Segregation einer Minderheit im Stadtgebiet) als auch wie die Situation von rechten Kommunalpolitiker_innen aufgegriffen und diskursiv überformt werden, um politische Zustimmung zu gewinnen. Um diesen Prozess nachzuvollziehen, nutzen die betrachteten Studien ein breites methodisches Spektrum aus qualitativen Interviews, Dokument-, Medien- und Inhaltsanalysen sowie quantitative Analysen der Zusammensetzung von Kommunalparlamenten.

Zwei schwedische Studien beschreiben den Einfluss der Schwedendemokraten auf das politische Geschehen in den Kommunalparlamenten. Demnach hat mit dem Einzug der Partei die Zahl der kommunalen Minderheitsregierungen zugenommen. Dort wo die Schwedendemokraten über ausreichend Mandate verfügen um das Abstimmungsverhalten entscheidend zu beeinflussen, entstehen aufgrund ihrer Blockadehaltung gegenüber Gesetzesinitiativen der regierenden Koalition häufiger politische Konflikte. Die übrigen Parteien wiederum versuchen die Schwedendemokraten zu isolieren (Loxbo, 2010). Wenngleich die Schwedendemokraten in der Regel nicht über ausreichend Macht verfügen, um die politischen Inhalte mitzubestimmen, so kann dennoch ein indirekter Einfluss auf bestimmte Politikfelder vermutet werden. Beispielsweise ist die Akzeptanz zur Aufnahme von Geflüchteten dort geringer, wo Schwedendemokraten die parlamentarischen Kräfteverhältnisse entscheidend mitbestimmen. Die Autor_innen vermuten, dass restriktivere Einwanderungspolitiken bereits vor dem Aufkommen rechtspopulistischer Parteien eingeführt wurden und damit möglicherweise einen generellen Meinungswandel der Bevölkerung repräsentieren (Bolin, Lidén & Nyhlén, 2014).

Am Beispiel von fünf ungarischen Gemeinden (Kovarek u.a., 2017) und des Stadtteils Via Padova in Mailand (Verga, 2016) wird deutlich, wie Rechtspopulist_innen Zuwanderung, Kriminalität und daraus erwachsende Bedrohungswahrnehmungen in der Bevölkerung nutzen, um ausgrenzende Politiken umzusetzen. Die ungarischen Jobbik-Bürgermeister_innen nutzen eine Sündenbockstrategie,

indem sie die lokalen Roma-Bevölkerungen öffentlich für die Probleme der Gemeinden verantwortlich machen. Die ethnische Minderheit wird als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt, um ein fremdenfeindliches Klima in den Gemeinden zu schüren. Dieses Klima wiederum erlaubt es ihnen, eine Anti-Roma-Politik umzusetzen und Sozialleistungen an bestimmte Bedingungen wie z.B. saubere Vorgärten zu knüpfen. Die Maßnahme baut auf einem verbreiteten Vorurteil gegenüber Roma auf, wonach deren Vorgärten verschmutzt und unordentlich wären. Zudem demonstrieren die Bürgermeister_innen gemeinsam mit rechtsradikalen Gruppierungen gegen den Bau von sozio-kulturellen Zentren der Roma und ergreifen diverse symbolpolitische Maßnahmen (z.B. Umbenennung von Straßen), die die ungarische Identität stärken und ihre Wähler_innen hinter sich vereinigen sollen. Während Roma in beinahe allen Fällen als Sündenböcke genutzt werden, dienen in einigen Gemeinden in Abhängigkeit der lokalen Situation und der Persönlichkeit der jeweiligen Bürgermeister_in auch LGBTQ-Gruppen, Geflüchtete, Muslime oder »Eliten« als Bedrohungskulisse, z.T. ohne dass diese Gruppen in der lokalen Bevölkerung vorhanden sind. Damit stehen die von den Bürgermeister_innen lokal produzierten Diskurse deutlich im Kontrast zu einer eher moderaten Strategie der Partei auf nationaler Ebene (Kovarek u.a., 2017). Die Rhetorik der Lega Nord in Italien funktioniert ähnlich. Sie greift gezielt den hohen Anteil an Zuwanderer_innen im Stadtteil auf und bringt deren Anwesenheit mit dem Anstieg der Kriminalität in Verbindung, ohne dass diese Zusammenhänge tatsächlich nachweisbar sind. Diese Diskursstrategie hilft dabei das Bild eines »dystopischen« Stadtteils zu konstruieren, der vom Niedergang bedroht ist. Die rechtspopulistischen Lokalpolitiker_innen rechtfertigen mit dieser Bedrohung ein restriktiveres Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegenüber Migrant_innen (Verga, 2016).

Ein wichtiges Element in den rechten Diskursen ist das Verhältnis der Parteien zur lokalen Bevölkerung. Die Gruppe des »Volkes« wird in beiden Fällen über die Abgrenzung zu und Bedrohung durch eine fremde Gruppe diskursiv konstruiert. Die ungarischen Jobbik-Bürgermeister_innen nutzen gezielt lokale Besonderheiten und Identitätsbezüge, eine Strategie, die auch bei anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa zu beobachten ist und es ihnen erlaubt, sich als Partei »aus dem Volk« zu inszenieren (Gimenez & Schwarz, 2016).

Rechte Parteien beeinflussen lokale Diskurse zu ihren Gunsten, indem sie z.T. objektiv vorhandene Probleme, aber auch Vorurteile und Ängste der Bevölkerung aufgreifen und eine Gruppe konstruieren, die für diese negativen Entwicklungen verantwortlich gemacht wird. Die Strategie der diskursiven Ausgrenzung funktioniert dort besonders gut, wo wenig oder kein direkter Kontakt zwischen der Bevölkerung und der »fremden« Gruppe besteht. Die gewonnene Zustimmung nutzen die Parteien, um Symbolpolitik zu betreiben und minderheitenfeindliche

Gesetze zu erlassen. Dort, wo sie nicht an der Regierung beteiligt sind, nutzen sie ihre Mandate, um den kommunalpolitischen Betrieb zu stören.

7. Wie entwickeln sich lokale rechte Bewegungen und ihre Netzwerke?

Abseits der rechtspopulistischen Parteien existieren in Europa eine Reihe von eher informell organisierten Gruppierungen, die von den Studien meist als Bewegungen oder Netzwerke beschrieben werden. Die Gruppen agieren häufig an bestimmten Orten, auf die sie ihr Handeln auch beziehen. Sie nutzen jedoch auch das Internet, um ihren Aktivitäten einen größeren Wirkradius zu verschaffen. Die Studien zu solchen Gruppierungen beschäftigen sich mit den Strategien und Bedingungen der Mobilisierung von Interessierten. Im Rahmen von explorativen Forschungsdesigns untersuchen die Studien on- wie offline Kommunikation und mediale Repräsentation (Ekman, 2018), Entstehungsverläufen und Bedingungen (Dostal, 2015; Hafez, 2018) sowie Strategien zur Legitimierung des Handelns von rechten Bewegungen (Mireanu, 2013).

Die in den Studien behandelten rechten Bewegungen entstehen meist an einem bestimmten Ort, von dem aus sie sich unterstützt durch die politische und mediale Öffentlichkeit weiter ausbreiten. Am Beispiel eines ungarischen Dorfs beschreibt Mireanu den Entstehungskontext und die Handlungsstrategien einer rechtsextremen paramilitärischen Gruppierung. Die lokale Roma-Bevölkerung lebt im Tal dieses Dorfs beinahe vollständig segregiert von der übrigen Dorfbewölkerung auf einer Anhöhe. Die Paramilitärs nutzen die räumliche Trennung, um die Roma als Bedrohung für die Sicherheit und »ungarische Identität« der übrigen Bevölkerung darzustellen. Auf diese Weise gewinnt ihr gewaltsames Handeln gegenüber den Roma an Zustimmung unter der Bevölkerung (Mireanu, 2013). Auch die Soldiers of Odin traten zunächst 2015 im finnischen ländlichen Raum auf, wo sie vorgaben, die finnische Bevölkerung durch Straßenpatrouillen vor den Übergriffen von Geflüchteten schützen zu wollen. Aufgrund ihrer extremen Fremdenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit wurden sie zum Gegenstand überregionaler Berichterstattung, was wiederum die Entstehung ähnlicher Gruppierungen in größeren Städten in Finnland und Schweden förderte. Die Organisation nutzte die sozialen Medien, um die überregionale Ausbreitung ihres Netzwerks weiter zu fördern (Ekman, 2018). Ein ähnlicher Verlauf wird für die deutsche Bewegung PEGIDA beschrieben, die sich zunächst aus einer Facebook Gruppe gründete und dann mit wöchentlichen Demonstrationen in Dresden auf sich aufmerksam machte. Trotz anhaltender Berichterstattung kam es nur bedingt zu einer überregionalen Ausbreitung (Dostal, 2015). Der Erfolg und die Ausbreitung zunächst regionaler Bewegungen scheint zudem davon abzuhängen, ob die

von der Bewegung propagierten Positionen bereits im etablierten Politikbetrieb vertreten werden. In Polen, Ungarn, Slowenien und der Tschechischen Republik konnte aus diesen Gründen nicht zu PEGIDA ähnlichen Bewegungen kommen. Das begründet der Autor damit, dass islamophobe und fremdenfeindliche Positionen sowohl unter linken als auch rechten Politiker_innen dieser Länder schon seit längerem vertreten werden, was für eine außerparlamentarische Bewegung nur wenig Spielraum zur Mobilisierung lässt. In einigen Fällen waren die Mitglieder der Parteien selbst Initiatoren oder Unterstützer von Aktionen im öffentlichen Raum und politischen Demonstrationen gegen Zuwanderung (Hafez, 2018). Dass die neuen xenophoben Bewegungen in Europa auf eine gemeinsame Ideologie zurückgreifen, stellt Bhatt (2012) heraus. Häufig sind Demonstrationen, Kampagnen und öffentliche Aktionen durch europäische Netzwerke ähnlicher Gruppierungen in verschiedenen Städten abgestimmt. Die Studie verdeutlichte zudem, dass öffentliche Unterstützung durch etablierte politische Akteure und die Medienberichterstattung zur Normalisierung und räumlichen Ausbreitung fremdenfeindlicher Einstellungsmuster führt.

Vor dem Hintergrund der dargestellten empirischen Befunde wird deutlich, dass die Entstehung rechter Bewegungen unter bestimmten gesellschaftlichen, politischen und lokalen Bedingungen wahrscheinlicher ist. Am deutlichsten wird dies an der Zuwanderung von Geflüchteten nach Europa im Jahr 2015 und den unterschiedlichen Reaktionen der nationalen Politiker_innen. Dort, wo nationale Politik mit Abschottung, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit reagiert hat, erfuhren rechte Bewegungen eine Legitimation ihrer Absichten »von oben«. Sie nutzen die Zuwanderung von Geflüchteten, um ein lokales Bedrohungsszenario zu konstruieren und die Sicherheitsdiskurse so zu beeinflussen, dass gewaltsame Gegenwehr legitim erscheint. Die Konstruktion solcher Szenarien fällt dort leichter, wo aufgrund einer geringen Anzahl von »Fremden« oder einer hohen Segregation kaum Kontakte zwischen Einheimischen und Zuwanderer_innen bestehen. Typischerweise trifft das auf den ländlichen Raum eher zu als auf Städte. Für Demonstrationen, Straßenpatrouillen und fremdenfeindliche Übergriffe ist besonders der öffentliche Raum von hoher Bedeutung, da dort der »Erfolg« des Sicherheitshandelns glaubhaft und für jeden sichtbar demonstriert werden kann.

8. Welchen räumlichen Dynamiken folgt rechte Gewalt?

In der Gruppe der Studie zu rechter Gewalt gibt es zwei Kategorien von Fragestellungen. Während ein Teil der Studien nach räumlichen Ausbreitungsmustern und lokalen Einflussbedingungen für fremdenfeindliche Gewalt fragt (Braun & Koopmans, 2010; Braun, 2011; Jäckle & König, 2017), betrachten andere Studien die räumlichen Entstehungsbedingungen von extremistischer Gewalt aus der

Perspektive der Täter_innen (Gill u.a., 2017; Parkin, Gruenewald & Jandro, 2017). Alle Studien nutzen quantitative Methoden zu Untersuchung.

Eine bundesweite Untersuchung fremdenfeindlicher Gewalt gegen Geflüchtete (körperliche Angriffe, Brandstiftung an Unterkünften, andere Gewalt gegen Unterkünfte, feindselige Demonstration gegen Geflüchtete) konnte zeigen, dass die Zustimmung zu rechten Parteien in einem Kreis die Wahrscheinlichkeit für Gewalt gegen Geflüchtete erhöht. Außerdem ist Gewalt wahrscheinlicher, wenn in naheliegenden Kreisen kurz zuvor bereits Gewalt stattfand. Die Befunde lassen vermuten, dass potenzielle Angreifer_innen durch vergangene Übergriffe weiter motiviert werden. In den ostdeutschen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit höher, was die Autor_innen jedoch auf soziostrukturelle Faktoren zurückführen. Die Präsenz von Personen mit Migrationshintergrund verringert das Auftreten von fremdenfeindlicher Gewalt, was dafür spricht, dass diese Angriffe durch eine »Furcht vor dem Unbekannten« motiviert sind (Jäckle & König, 2017). Für die Niederlande zeigen sich ähnliche Muster. Die Autoren zeigen dort zudem, dass neben räumlicher Nähe und politischen Diskursen um Migration auch die Sichtbarkeit von fremdenfeindlichen Angriffen in der Medienberichterstattung zur Ausbreitung fremdenfeindlicher Gewalt beiträgt. Zwei Stufen der Ausbreitung sind zu erkennen: Die Ausschreitungen starten in der Regel in stark bevölkerten Regionen und breiten sich dann über lokale Netzwerke in die umliegenden Gebiete aus. Eher entfernte Orte sind erst dann von Ausschreitungen betroffen, wenn die lokalen Phänomene über die massenmediale Berichterstattung zu einem überlokalen Phänomen werden. Diese Mechanismen werden durch politische Debatten um Migration verstärkt, ganz gleich in welcher Tonalität und Bewertung diese geführt werden (Braun & Koopmans, 2010; Braun, 2011).

Täter_innenstudien konzentrieren sich auf rechtsextremen Terrorismus. Demnach agieren rechtsextreme Terrorist_innen eher als »einsame Wölfe«, weil sie in ihrem direkten räumlichen Umfeld keine Personen mit ähnlichen Einstellungen vorfinden. Sie nutzen eher das Internet, um sich mit Gleichgesinnten auszutauschen (Gill u.a., 2017). Eine Vergleichsstudie zwischen rechtsextremen Gewalttätern in den USA und Deutschland zeigt, dass diese ihre Anschläge eher in öffentlichen Räumen durchführen, um die Zugehörigkeit ihrer Opfer zu einer bestimmten Gruppe zu bestrafen (Parkin, Gruenewald & Jandro, 2017). Außerdem wird die allgemeine Sichtbarkeit des Anschlags erhöht, wenn dieser im öffentlichen Raum stattfindet, was wiederum die Ausbreitung und Nachahmung fördert.

Die empirischen Befunde zeigen, dass fremdenfeindliche Gewalt zunächst dort aufkommt, wo wenig Kontakt zu Fremden besteht und sich anschließend in den umliegenden Räumen ausbreitet. Die Ausbreitung wird durch soziale Netzwerke, migrationspolitische Diskurse und die Medienberichterstattung befördert. Mit der überregionalen Berichterstattung über gewaltsame Angriffe sinkt die Bedeutung der räumlichen Nähe für die Ausbreitung. Während die rechts-

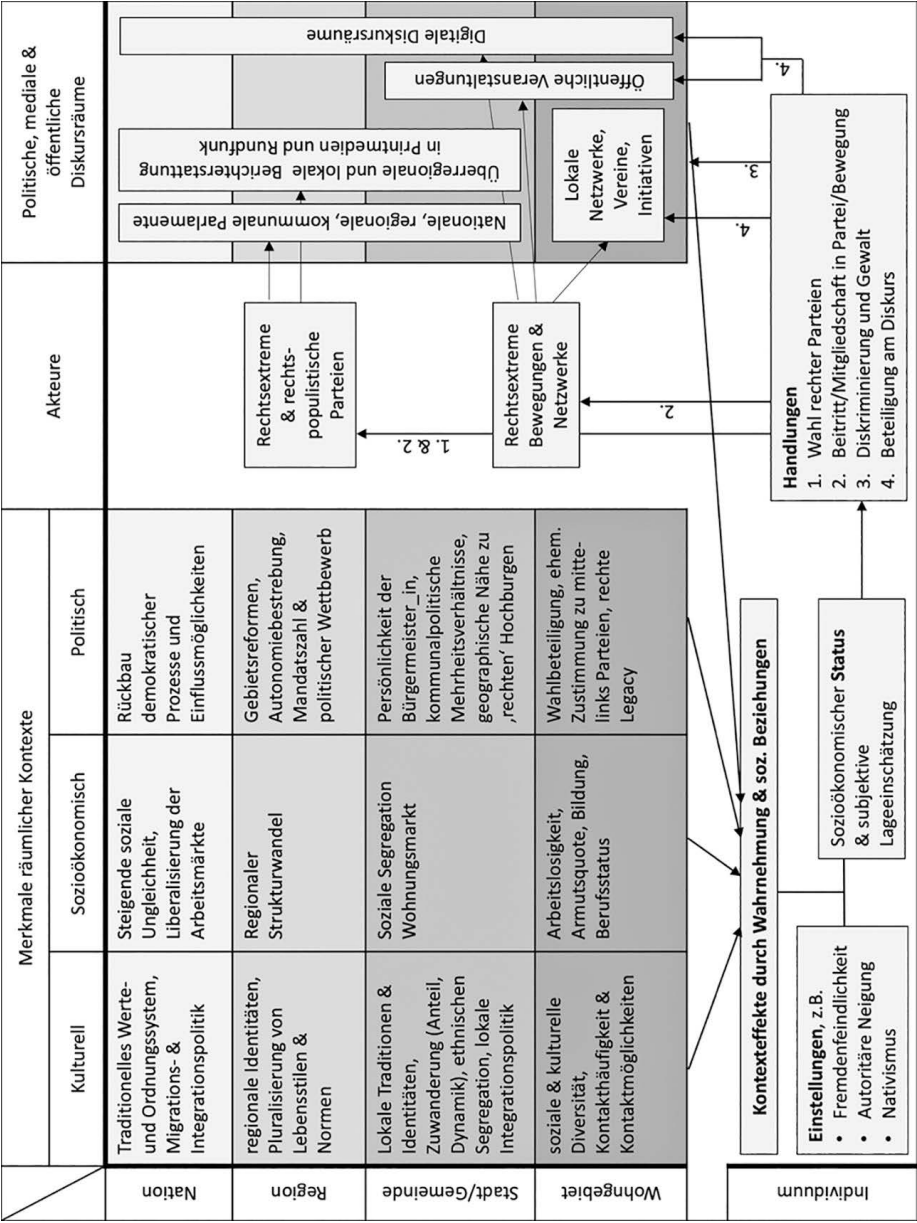
terroristische Täter_innen selbst relativ isoliert von ihrem nahräumlichen Umfeld sind und daher eher auf digitale Mittel der Kommunikation zurückgreifen, ist der öffentliche Raum für die Tat umso bedeutsamer. Er steigert die allgemeine Sichtbarkeit und damit auch die Chance zur Ausbreitung und Nachahmung der Tat.

9. Rechtes Denken, rechte Räume?

Das Ziel dieses Beitrags bestand darin, einen Rahmen für die Beantwortung der beiden Leitfragen des Bandes zu konzipieren. Wie bedingen räumliche Kontexte rechte Orientierungen und Wahlentscheidungen? Wie entstehen aus individuellen und kollektiven Handlungen rechte bzw. demokratiefeindliche Räume? Zu diesem Zweck wurden in den vorangegangenen Abschnitten sechs Themenfelder beschrieben, die aus der systematischen Synthese der empirischen Forschungen zu räumlichen Aspekten rechter Orientierungen in den Jahren 2010 bis 2018 hervorgehen. Abbildung 1 stellt den abschließenden Versuch der Darstellung eines konzeptionellen Rahmens dar.

Auf der Vertikalen wird zwischen den räumlichen Ebenen unterschieden, an denen sich die Studien implizit oder explizit orientieren. Dabei schließt die jeweils übergeordnete die darunter liegenden Ebenen ein, d.h. eine Nation untergliedert sich in verschiedene Regionen (z.B. Bundesländer in Deutschland), diese wiederum beinhalten unterschiedliche Städte, Kreise oder Gemeinden. In den Städten kann zwischen verschiedenen Wohngebieten unterschieden werden. Einige Untersuchungen bezeichnen diese Ebene auch als Stadtviertel, Stadtteil oder PLZ-Bezirk. Ihre Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie eine Gliederungsebene zwischen der übergeordneten städtischen und der darunter befindlichen Individualebene darstellen und somit am ehesten die unmittelbare Wohnumgebung abbilden. Auf der linken Seite der Horizontalen befinden sich drei Merkmalskategorien, anhand derer die räumlichen Kontexte beschrieben werden. Wie die ausgewerteten Studien demonstrieren, nehmen kulturelle, sozioökonomische und politische Kontextmerkmale in Abhängigkeit der jeweiligen Ebene und des Forschungsdesigns unterschiedliche Formen an. Die Zellen enthalten demnach Merkmale wie z.B. die Arbeitslosenquote, das Ausmaß ethnischer Segregation, regionale Identität oder die Persönlichkeit der Bürgermeister_in auf kommunaler Ebene. Auf der rechten Seite der Horizontalen sind zunächst die Akteure zu finden: rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, Bewegungen und Netzwerke. Rechts außen sind schließlich die verschiedenen Diskursräume über die räumlichen Ebenen hinweg angeordnet. Das Fundament des Konzepts bildet die Individualebene, auf die sowohl die räumlichen Kontexte als auch die Diskurse wirken und damit die Einstellungen und das Handeln beeinflussen können.

Abbildung 1: Konzept räumlicher Aspekte rechter Orientierungen



Quelle: eigene Darstellung

9.1 Wie bedingen räumliche Kontexte rechte Orientierungen und Wahlentscheidungen?

Die kulturellen Erklärungsansätze in den Studien gehen davon aus, dass durch die Wahrnehmung und den Kontakt zu Gruppen, die »fremde« Werte, Normen und Lebensweisen repräsentieren, zwei mögliche Einstellungs- und Handlungssets hervorgerufen werden können. (1) Aus dem Kontakt erwächst wechselseitige Anerkennung, Toleranz und Kooperation oder (2) es entstehen Vorurteile und Konflikt zwischen den Personen oder Gruppen (Kontakthypothese & Konflikthypothese, siehe auch Allport, 1954; Blalock, 1967; Pettigrew & Tropp, 2006). Letzteres, so die Annahme zahlreicher Studien, ist ein Indiz für fremdenfeindliche Einstellungen und die Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien. Da die Kontakt- bzw. Konfliktwahrscheinlichkeit mit der räumlichen Nähe zunimmt, beziehen empirische Studien die Anzahl, Entwicklung und Diversität von Zugewanderten im Wohngebiet mit ein. Die Konzentration in einem städtischen Teilgebiet ist durch Zuwanderung und Mechanismen der ethnischen Segregation auf der Ebene der Stadt bedingt. Diese wiederum werden maßgeblich durch die kommunalen, regionalen und nationalen Integrationspolitiken (z.B. Aufnahmebereitschaft, Verteilungsschlüssel für Geflüchtete, Angebot an Integrationskursen) bedingt, was den Einfluss der verschiedenen räumlichen Ebenen aufeinander verdeutlicht.

Die sozioökonomische Erklärung geht davon aus, dass prekäre Lebensumstände die Zustimmung zu radikalen Politikansätzen begünstigen. Demzufolge seien insbesondere Personen mit niedriger Bildung, Ärmere und Arbeitslose durch die ökonomische und soziale Transformation des 21. Jahrhunderts negativ betroffen (Modernisierungsverlierer-Hypothese; siehe auch Betz, 1994) und daher eher empfänglich für radikalere politische Lösungen und wohlfahrtschauvinistische Aussagen rechtspopulistischer Parteien. Konzentrieren sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen innerhalb der Stadt in einem Gebiet, kann dort zusätzliche Benachteiligung entstehen, wenn z.B. Geschäfte aufgrund der verminderten Kaufkraft schließen oder die Qualität und Versorgung öffentlicher Einrichtungen zurückgeht. Eine Folge dieser Armutssegregation ist der Eindruck an den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mehr teilzuhaben. Bedingt ist dieser Kontext wiederum durch das Ausmaß der sozialen Segregation auf kommunaler Ebene und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und Region. Die betrachteten Studien finden eine höhere Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien in altindustriellen Gebieten, die aufgrund des Strukturwandels stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ebenso variabel können mögliche wirtschaftspolitische Maßnahmen in den Regionen ausfallen, die unter Umständen zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsverläufen in den Regionen führen. Ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat auf nationaler

Ebene wiederum kann im Vergleich zu einem liberalen Regime dazu beitragen diese Zusammenhänge zu vermindern, da er für ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Absicherung sorgt.

In der Gruppe der politischen Erklärungen existieren verschieden Annahmen über die Ursachen der Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien. Einige Studien ziehen die lokale Wahlbeteiligung heran, um den Vertrauensverlust ins politische System zu operationalisieren. Sie gehen davon aus, dass unter den Rechtswähler_innen ein generelles Misstrauen gegenüber dem politischen System und seinen »Eliten« herrscht. Wiederum andere gehen davon aus, dass rechte Parteien dort Zustimmung finden, wo vormalig mitte-links Parteien erfolgreich waren. Der räumliche Kontext wirkt über die lokalen sozialen Netzwerke in der Nachbarschaft. Ob die Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Parteien auch aus kommunalen oder regionalpolitischen Maßnahmen resultieren kann, ist bisher weitestgehend ungeprüft.

Um individuelle Handlungen erklären zu können sind Kontexteffekte nur eine Komponente. Persönliche Einstellungen, sozioökonomischer Status, Alter, Geschlecht und die subjektive Einschätzung der eigenen sozialen Lage sind weitere Merkmale, die auf der Individualebene zur Erklärung von Handlungen wie z.B. der Wahl rechter Parteien oder der Anwendung von Gewalt gegenüber Minderheiten herangezogen werden.

9.2 Wie entstehen aus individuellen und kollektiven Handlungen rechte Räume?

Aus den betrachteten Studien gehen verschieden Handlungen hervor, die zur Entstehung rechter Räume beitragen: (1) die Wahl rechtspopulistischer Parteien, (2) der Beitritt oder die Mitgliedschaft in rechtsextremen oder rechtspopulistischen Organisationen, (3) Diskriminierung und Gewalt und (4) Beteiligung am Diskurs.

Die ersten beiden Handlungen tragen dazu bei, dass rechte Akteure innerhalb des betrachteten Raumes legitimiert und organisatorisch gestärkt werden. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien gewinnen durch die Zustimmung der Wählerschaft in den politischen Diskursräumen auf der kommunalen, regionalen und nationalen Ebene an politischer Bedeutung und Gestaltungsmacht. Sie sind eher dazu in der Lage, die dort stattfindenden Diskurse zu ihren Gunsten zu beeinflussen, den politischen Betrieb zu stören oder eigene Gesetzesinitiativen umzusetzen. Dadurch wiederum können sie eine Wirkung auf die jeweiligen Kontexte entfalten und diese verändern (z.B. in dem sie die Zuwanderung einschränken). Durch den Beitritt und die Mitgliedschaft in rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen werden deren organisatorische Strukturen gestärkt, was ihnen ebenfalls einen größeren Handlungsspielraum bei der Beeinflussung von Diskursen einräumt. Insbesondere lokale rechte

Bewegungen und Netzwerke profitieren von einer aktiven Mitgliederstruktur, da sie nur mit ausreichend Mitgliedern die verschiedenen Strategien der Rauman eignung umsetzen können, die insbesondere in Wohngebieten und kleineren Gemeinden zur Entstehung eines fremdenfeindlichen und autoritären Klimas beitragen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass diese beiden individuellen Handlungen vermittelt über die Organisationen und deren Ziele zur Entstehung rechter Räume beitragen.

Einen anderen Mechanismus beschreibt das Konzept für diskriminierende und gewaltsame Handlungen, die sowohl von einzelnen Personen als auch von Kollektiven ausgehen können. Im Hinblick auf die gesellschaftliche Konstruktion »rechter Räume« ist die zwischen den Diskursräumen und räumlichen Ebenen variierende Deutung und Wirkung der Handlungen relevant. Ein Beispiel: Während die offene Diskriminierung von Geflüchteten in den Geschäften einer kleinen Gemeinde für die Bewohner_innen allgemein akzeptiert erscheint, können eben diese Handlungen in überregionalen Diskursräumen deutlich kritischer thematisiert werden und zu einer Markierung der Gemeinde als »rechter Raum« beitragen. Wie die Handlungen in den jeweiligen Diskursräumen und Ebenen aufgenommen und rhetorisch gerahmt werden, ist abhängig von den vorherrschenden Normen innerhalb dieser Räume.

Die Diskurse werden wirkmächtiger, wenn sich mehr Personen an ihnen beteiligen. Diese Beteiligung kann sowohl von individuellen als auch kollektiven Akteuren ausgehen und betrifft insbesondere die lokalen und digitalen Diskursräume, da diese sich im Vergleich zu den medialen und politischen Diskursräumen durch ihre allgemein Zugänglichkeit und Unmittelbarkeit auszeichnen. Typische Beispiele sind die Teilnahme an Demonstrationen, politischen Veranstaltungen oder an Diskussionen um lokale Entwicklungen im digitalen Raum (z.B. auf Twitter). Stoßen diese Diskurse auf eine besonders hohe Beteiligung, kann dies dazu führen, dass die korrespondierenden räumlichen Ebenen (z.B. das Wohngebiet oder die Stadt) zu »rechten Räumen« werden.

Ähnliche wie die bereits beschriebenen räumlichen Kontexten können auch die Diskurse individuelle Einstellungen und Handlungen bedingen, wenn sie entsprechen rezipiert werden. Die für die Synthese herangezogenen Studien unterscheiden zwischen politischen, medialen und öffentlichen Diskursräumen, die sich im Hinblick auf folgende Merkmale grob unterscheiden lassen:

- Zugänglichkeit: Wer kann an den Diskursen teilnehmen?
- Reglement: Gibt es bestimmte Regeln oder Verhaltenskodizes?
- Transparenz für Außenstehende: Wie sichtbar sind die Diskurse für Nicht-Teilnehmer_innen?
- Unmittelbarkeit: Können Nicht-Teilnehmer_innen die Inhalte der Diskurse unmittelbar wahrnehmen oder werden sie über Medien vermittelt?

- Räumliche Bezugsebene: Kann der Diskursraum einer räumlichen Ebene zugeordnet werden, auf die sich dessen Inhalte in der Regel beziehen?
- Wirkung: Auf wen in welchem Raum entfalten die Diskurse welche Wirkung?

Zu den politischen Diskursräumen zählen in einem föderal aufgebauten System die nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente. Diese sind nur für demokratisch gewählte Personen zugänglich und relativ strikt reguliert. Die dort verhandelten Inhalte sind überwiegend transparent, jedoch für Außenstehende häufig nur mittelbar, d.h. über die Medienberichterstattung, erfahrbare. Ihre Aufgabe besteht darin, für den jeweiligen Bezugsraum allgemein verbindliche Verordnungen und Gesetze zu erlassen, d.h. sie können eine »Wirkung« auf die räumlichen Kontexte entfalten. Auch die Medienberichterstattung bildet einen eigenen Diskursraum, der im Fall analoger Formate durch Gatekeeper (z.B. Journalisten, Verlage oder Redaktionen) kontrolliert wird. Die Medienberichterstattung kann in diesem Zusammenhang als vergleichsweise frei rezipierbar eingestuft werden, d.h. jeder ist in der Lage sie zu verfolgen. In den Städten und insbesondere den Wohngebieten kommen unmittelbare Diskursräume hinzu, die in der Regel im öffentlichen oder halb-öffentlichen Raum angesiedelt sind. Dazu zählen z.B. Demonstrationen und andere öffentliche Veranstaltungen, auf denen sich Gruppen versammeln. Wenngleich sie auch übergeordnete Entwicklungen thematisieren, so bleibt ihr Geltungsbereich häufig im Lokalen. Eine Ausnahme stellen in diesem Konzept die digitalen Diskursräume dar. Sie lassen sich nur schwer einer räumlichen Ebene zuordnen und bieten jeder Person ortsunabhängig die Möglichkeit zur Teilnahme. Insbesondere die sozialen Medien tragen dazu bei, dass lokale Ereignisse ihren eigentlichen Bezugsraum »verlassen« und zum Gegenstand überregionaler Diskurse werden. Rechte Bewegungen nutzen diese Mechanismen, wenn sie z.B. Geflüchtete gewaltsam angreifen und durch die darüber stattfindende Medienberichterstattung überregional bekannt werden.

Im Hinblick auf die Rezeption der Diskurse auf der Individualebene ist entscheidend, welche Inhalte in den Diskursräumen wie und unter Beteiligung welcher Akteur_innen verhandelt werden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der politischen und medialen Diskurse um die Aufnahme von Geflüchteten in verschiedenen europäischen Ländern. Dort wo politische Akteure sich ablehnend gegenüber einer Aufnahme äußerten und fremdenfeindliche Ressentiments bedienten, entstanden Potentiale für rechte Bewegungen, die sich in ihren fremdenfeindlichen und nativistischen Vorhaben bestätigt sahen. Das Beispiel verdeutlicht zudem, wie (nicht ausschließlich, aber insbesondere) rechte und rechtspopulistische Akteure in ihren Aussagen und rhetorischen Strategien kulturelle, sozioökonomische und politische Entwicklungen in den räumlichen Kontexten aufgreifen und gezielt mit Deutungsrahmen versehen. Wie einige Studien zeigen konnten, funktioniert z.B. die rhetorische Verknüpfung von Migration

und lokalen »Niedergangsnarrativen« auch dort, wo kaum Zuwanderung stattfindet. Nimmt nun die Aktivität und Sichtbarkeit rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in den Diskursräumen zu, verändert sich auch das gesellschaftliche »Klima«. Diese Entwicklung ist besonders auf der lokalen Ebene, z.B. in ländlichen Gemeinden und kleinen Städten zu beobachten. Unter bestimmten Umständen sind die öffentlichen Diskursräume unmittelbarer und auch leichter von rechten Akteur_innen zu besetzen, insbesondere dann, wenn kaum Angebote zur Begegnung vorhanden sind.

Literatur

- Abbondanza, Gabriele & Bairo, Francesco. (2018). the electoral payoff of immigration flows for anti-immigration parties: the case of Italy's Lega Nord. *European Political Science*, 17(3), 378-403. <https://doi.org/10.1057/s41304-016-0097-0>
- Akkerman, T. (2012). Comparing Radical Right Parties in Government: Immigration and Integration Policies in Nine Countries (1996-2010). *West European Politics*, 35(3), 511-529. <https://doi.org/10.1080/01402382.2012.665738>
- Albertazzi, D. (2016). Going, going,... not quite gone yet? »Bossi's Lega« and the survival of the mass party. *Contemporary Italian Politics*, 8(2), 115-130. <https://doi.org/10.1080/23248823.2016.1193349>
- Allen, T. J. (2017). All in the party family? Comparing far right voters in Western and Post-Communist Europe. *Party Politics*, 23(3), 274-285. <https://doi.org/10.1177/1354068815593457>
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Arter, D. (2013). The »Hows«, not the »Whys« or the »Wherefores«: The Role of Intra-party Competition in the 2011 Breakthrough of the True Finns: The »Hows«, not the »Whys« or the »Wherefores«: The Role of Intra-party Competition in the 2011 Breakthrough of the True Finns. *Scandinavian Political Studies*, 36(2), 99-120. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12001>
- Berning, C. C. (2016). Contextual perceived group threat and radical right-wing populist party preferences: Evidence from Switzerland. *Research & Politics*, 3(1), 205316801663567. <https://doi.org/10.1177/2053168016635670>
- Berning, C. C. & Ziller, C. (2017). Social trust and radical right-wing populist party preferences. *Acta Politica*, 52(2), 198-217. <https://doi.org/10.1057/ap.2015.28>
- Betz, H.-G. (1994). *Radical right-wing populism in Western Europe*. New York: St. Martins Press.
- Bhatt, C. (2012). The New Xenologies of Europe: Civil Tensions and Mythic Pasts. *Journal of Civil Society*, 8(3), 307-326. <https://doi.org/10.1080/17448689.2012.732456>

- Blalock, H. M. (1967). *Toward a theory of minority-group relations*. New York, N.Y.: Wiley.
- Bolin, N., Lidén, G. & Nyhlén, J. (2014). Do Anti-immigration Parties Matter? The Case of the Sweden Democrats and Local Refugee Policy. *Scandinavian Political Studies*, 37(3), 323-343. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12031>
- Bosco, A. & Verney, S. (2012). Electoral Epidemic: The Political Cost of Economic Crisis in Southern Europe, 2010-11. *South European Society and Politics*, 17(2), 129-154. <https://doi.org/10.1080/13608746.2012.747272>
- Braun, R. (2011). The diffusion of racist violence in the Netherlands: Discourse and distance. *Journal of Peace Research*, 48(6), 753-766. <https://doi.org/10.1177/0022343311419238>
- Braun, R. & Koopmans, R. (2010). The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity. *European Sociological Review*, 26(1), 111-123. <https://doi.org/10.1093/esr/jcp056>
- Buček, J. & Plešivčák, M. (2017). Self-Government, Development and Political Extremism at the Regional Level: A Case Study from the Banská Bystrica Region in Slovakia, (6), 38.
- Cebolla-Boado, H. & Jiménez-Buedo, M. (2011). Immigration and the vote for the left: Measuring the effect of ethnic diversity on electoral outcomes at the district level. *International Journal of Comparative Sociology*, 52(1-2), 132-153. <https://doi.org/10.1177/0020715210379433>
- Della Posta, D. J. (2013). Competitive Threat, Intergroup Contact, or Both? Immigration and the Dynamics of Front National Voting in France. *Social Forces*, 92(1), 249-273. <https://doi.org/10.1093/sf/soto46>
- Dostal, J. M. (2015). The Pegida Movement and German Political Culture: Is Right-Wing Populism Here to Stay? *The Political Quarterly*, 86(4), 523-531. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12204>
- Ekman, M. (2018). Anti-refugee Mobilization in Social Media: The Case of Soldiers of Odin. *Social Media + Society*, 4(1), 205630511876443. <https://doi.org/10.1177/2056305118764431>
- Ellinas, A. A. & Lamprianou, I. (2017). How far right local party organizations develop: The organizational buildup of the Greek Golden Dawn. *Party Politics*, 23(6), 804-820. <https://doi.org/10.1177/1354068816641337>
- Essletzbichler, J., Disslbacher, F. & Moser, M. (2018). The victims of neoliberal globalisation and the rise of the populist vote: a comparative analysis of three recent electoral decisions. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), 73-94. <https://doi.org/10.1093/cjres/rsx025>
- Fitzgerald, J. & Lawrence, D. (2011). Local cohesion and radical right support: The case of the Swiss People's Party. *Electoral Studies*, 30(4), 834-847. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2011.08.004>

- Ford, R. & Goodwin, M. J. (2010). Angry White Men: Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party. *Political Studies*, 58(1), 1-25. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2009.00829.x>
- Gill, P., Corner, E., Conway, M., Thornton, A., Bloom, M. & Horgan, J. (2017). Terrorist Use of the Internet by the Numbers: Quantifying Behaviors, Patterns, and Processes. *Criminology & Public Policy*, 16(1), 99-117. <https://doi.org/10.1111/1745-9133.12249>
- Gimenez, E. & Schwarz, N. (2016). The visual construction of »the people« and »proximity to the people« on the online platforms of the National Front and Swiss People's Party. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 41(2), 213-242. <https://doi.org/10.1007/s11614-016-0200-3>
- Goerres, A., Spies, D. C. & Kumlin, S. (2018). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 24(3), 246-269. <https://doi.org/10.1111/spsr.12306>
- Goodwin, M., Ford, R. & Cutts, D. (2013). Extreme right foot soldiers, legacy effects and deprivation: A contextual analysis of the leaked British National Party (BNP) membership list. *Party Politics*, 19(6), 887-906. <https://doi.org/10.1177/1354068811436034>
- Goodwin, M. J. & Harris, G. (2013). Rallying intolerance in the valleys: Explaining support for the extreme right in Wales. *British Politics*, 8(4), 433-456. <https://doi.org/10.1057/bp.2013.7>
- Grau, A. & Heitmeyer, W. (Hg.). (2013). *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden* (Konflikt- und Gewaltforschung). Weinheim: Beltz Juventa.
- Green, E. G. T., Sarrasin, O., Baur, R. & Fasel, N. (2016). From Stigmatized Immigrants to Radical Right Voting: A Multilevel Study on the Role of Threat and Contact: Stigmatized Immigrants and Radical Right Voting. *Political Psychology*, 37(4), 465-480. <https://doi.org/10.1111/pops.12290>
- Hafez, F. (2018). Street-level and government-level Islamophobia in the Visegrád Four countries. *Patterns of Prejudice*, 52(5), 436-447. <https://doi.org/10.1080/0031322X.2018.1498440>
- Hillje, J. (2018). *Rückkehr zu den politisch Verlassenen*. Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Jäckle, S. & König, P. D. (2017). The dark side of the German »welcome culture«: investigating the causes behind attacks on refugees in 2015. *West European Politics*, 40(2), 223-251. <https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1215614>
- Jolly, S. K. & DiGiusto, G. M. (2014). Xenophobia and immigrant contact: French public attitudes toward immigration. *The Social Science Journal*, 51(3), 464-473. <https://doi.org/10.1016/j.soscij.2013.09.018>
- Kestilä-Kekkonen, E. & Söderlund, P. (2014). Party, leader or candidate? dissecting the right-wing populist vote in Finland. *European Political Science Review*, 6(4), 641-662. <https://doi.org/10.1017/S1755773913000283>

- Kesting, N., Reiberg, A. & Hocks, P. (2018). Political communication in Uncertain Times, 16.
- Kovarek, D., Róna, D., Hunyadi, B. & Kreko, P. (2017). Scapegoat-Based Policy Making in Hungary. *Intersections*, 3(3). <https://doi.org/10.17356/ieejsp.v3i3.382>
- Loxbo, K. (2010). The Impact of the Radical Right: Lessons from the Local Level in Sweden, 2002-2006: The Impact of the Radical Right. *Scandinavian Political Studies*, 33(3), 295-315. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2010.00252.x>
- Massetti, E. & Schakel, A. H. (2015). From class to region: How regionalist parties link (and subsume) left-right into centre-periphery politics. *Party Politics*, 21(6), 866-886. <https://doi.org/10.1177/1354068815597577>
- Mierina, I. & Korojeva, I. (2015). Support for far right ideology and anti-migrant attitudes among youth in Europe: A comparative analysis. *The Sociological Review*, 62(2), 183-205.
- Mireanu, M. (2013). The Spectacle of Security in the Case of Hungarian Far-Right Paramilitary Groups. *Fascism*, 2(1), 68-93. <https://doi.org/10.1163/22116257-00201011>
- Papanicolaou, G. & Papageorgiou, I. (2016). The police and the far right in Greece: a case study of police voting behaviour in Athens. *Crime, Law and Social Change*, 66(4), 397-419. <https://doi.org/10.1007/s10611-016-9633-7>
- Pardos-Prado, S. (2012). The Electoral Effect of Immigration Preferences and the Centre-Periphery Cleavage in Spain. *South European Society and Politics*, 17(3), 503-518. <https://doi.org/10.1080/13608746.2012.701903>
- Parkin, W. S., Gruenewald, J. & Jandro, E. (2017). Extremist Violence From the Fatherland to the Homeland: A Comparison of Far-Right Homicide in Germany and the United States. *International Criminal Justice Review*, 27(2), 85-107. <https://doi.org/10.1177/1057567716679233>
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90(5), 751-783. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.90.5.751>
- Poznyak, D., Abts, K. & Swyngedouw, M. (2011). The dynamics of the extreme right support: A growth curve model of the populist vote in Flanders-Belgium in 1987-2007. *Electoral Studies*, 30(4), 672-688. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2011.06.011>
- Rydgren, J. & Ruth, P. (2011). Voting for the Radical Right in Swedish Municipalities: Social Marginality and Ethnic Competition?: Voting for the Radical Right in Swedish Municipalities. *Scandinavian Political Studies*, 34(3), 202-225. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2011.00269.x>
- Rydgren, J. & Ruth, P. (2013). Contextual explanations of radical right-wing support in Sweden: socioeconomic marginalization, group threat, and the halo effect. *Ethnic and Racial Studies*, 36(4), 711-728. <https://doi.org/10.1080/01419870.2011.623786>

- Savelkoul, M., Laméris, J. & Tolsma, J. (2017). Neighbourhood Ethnic Composition and Voting for the Radical Right in The Netherlands. The Role of Perceived Neighbourhood Threat and Interethnic Neighbourhood Contact. *European Sociological Review*, jcwo55. <https://doi.org/10.1093/esr/jcw055>
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit: warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet* (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln). Frankfurt a.M./ New York: Campus Verlag.
- Stockemer, D. (2016). Structural Data on Immigration or Immigration Perceptions? What Accounts for the Electoral Success of the Radical Right in Europe?: Immigration and the radical right. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 54(4), 999-1016. <https://doi.org/10.1111/jcms.12341>
- Stockemer, D. (2017). The Economic Crisis (2009-2013) and Electoral Support for the Radical Right in Western Europe-Some New and Unexpected Findings: Economic Crisis and Electoral Support for the Radical Right in Western Europe. *Social Science Quarterly*, 98(5), 1536-1553. <https://doi.org/10.1111/ssqu.12374>
- Stockemer, D. (2018). The rising tide: Local structural determinants of the radical right-wing vote in Switzerland. *Comparative European Politics*, 16(4), 602-619. <https://doi.org/10.1057/s41295-016-0087-1>
- Uitermark, J. & Duyvendak, J. W. (2008). Civilising the City: Populism and Revanchist Urbanism in Rotterdam. *Urban Studies*, 45(7), 1485-1503. <https://doi.org/10.1177/0042098008090685>
- Van Assche, J., Roets, A., De keersmaecker, J. & Van Hiel, A. (2017). The Mobilizing Effect of Right-Wing Ideological Climates: Cross-Level Interaction Effects on Different Types of Outgroup Attitudes: Mobilizing Effects of Right-Wing Climates. *Political Psychology*, 38(5), 757-776. <https://doi.org/10.1111/pops.12359>
- van der Waal, J., de Koster, W. & Achterberg, P. (2013). Ethnic Segregation and Radical Right-Wing Voting in Dutch Cities. *Urban Affairs Review*, 49(5), 748-777. <https://doi.org/10.1177/1078087412473067>
- Van Gent, W. & Musterd, S. (2013). Unintended Effects of Urban and Housing Policies on Integration: »White« Discontent in the Dutch city. *Geography Research Forum*, 33, 64-99.
- Vanhoutte, B. & Hooghe, M. (2013). The influence of social structure, networks and community on party choice in the Flemish region of Belgium: A multilevel analysis. *Acta Politica*, 48(2), 209-236. <https://doi.org/10.1057/ap.2012.28>
- Verga, P. L. (2016). Rhetoric in the Representation of a Multi-Ethnic Neighbourhood: The Case of Via Padova, Milan: Rhetoric in the Representation of a Multi-Ethnic Neighbourhood. *Antipode*, 48(4), 1080-1101. <https://doi.org/10.1111/anti.12229>
- Vieten, U. M. (2018). »Europe is for being recognized for more than an ethnic background«: middle class British, Dutch and German minority citizens' perspectives on EU citizenship and belonging to Europe. *Cosmopolitan Civil Societies: An Interdisciplinary Journal*, 10(1), 27-44. <https://doi.org/10.5130/ccs.v10i1.5794>

